Weltrundschau : der Brandherd im Orient ; Entkolonialisierung ; Umrüstung statt Abrüstung ; Verhärtung des Sowjetblockes ; Kapitalismus - Sozialismus

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **51 (1957)**

Heft 2

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-140162

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

im Kriege gegen Hitler zu schildern. Seine erste Tat auf außenpolitischem Gebiet war die Anerkennung Sowjetrußlands, das bis dahin für die USA nicht existiert hatte (wie heute die 600 Millionen Chinesen). Mit Stalins Gesandtem Litwinow war er einig, daß der Weltfriede unteilbar ist, daß ein echter Friede sich nicht nur auf die großen Nationen stützen kann, sondern durch eine neue Ordnung die Zusammenarbeit aller organisieren muß.

Wir wollen uns nicht der Heldenvergötterung schuldig machen und auch seiner Fehler gedenken. Daß er unter dem Druck seiner Isolationisten die Nichtinterventionspolitik Englands und Frankreichs gegen die von Franco überfallene spanische Republik mitmachte, hat er später als schweren Fehler bereut. Sein bereits zitierter Biograph, Frank Kingdon, schreibt: «Er hatte menschliche Schwächen, wie wir alle. Er konnte wertvolle Freunde verletzen, während er unzuverlässige hegte. Mit der Zeit vertraute er so stark auf seinen eigenen Verstand, daß er oft wertvolle Beratung verschmähte. Historiker werden ihm viele Fehler als Administrator nachweisen.»

Diesen menschlichen Schwächen stellt Kingdon seine gewaltigen Tugenden und Leistungen gegenüber und sagt: «Große Persönlichkeiten haben ihre Schwächen wie wir Durchschnittsmenschen. Aber das, was sie groß macht, ist nicht das, was sie mit uns teilen, sondern das, was sie m e h r haben als wir.»

Leonhard Ragaz fragt (auf Seite 172): «Was wäre aus unserer Welt, nach menschlichem Ermessen, geworden ohne Roosevelt? Ist er nicht in dem Sinne, der allein in Betracht kommen kann, der R e t t e r geworden, dieser e i n e Mann, der Retter der Welt und nicht zuletzt der Schweiz vor einem furchtbaren Schicksal?» – Wie viele Zeitgenossen haben schon lange dieses furchtbare Schicksal vergessen und Roosevelt dazu? Dürfen wir vergessen, daß Roosevelt durch seine innen- und außenpolitischen Erfolge erwiesen hat, daß Taubenredlichkeit, verbunden mit Schlangenklugheit, die wahre «Realpolitik» ist?

Menschliche Vergeßlichkeit ist von jeher des Geistes schwacher Teil gewesen, der dem «Feind» das willkommene Eingangstor bietet.

«Hüte dich nur und bewahre deine Seele wohl, daß du nicht vergessest der Geschichten, die deine Augen gesehen haben, und daß sie nicht aus deinem Herzen kommen all dein Leben lang. Und sollst deinen Kindern und Kindeskindern kundtun.» (5. Mose, 4, 9.)

Alice Herz

WELTRUNDSCHAU

Der Brandherd im Orient Der Kalte Krieg zwischen Ost- und Westblock geht so scharf wie nur je weiter. Seine Förderer und Interessenten im Westen haben ja die

Unterdrückung des ungarischen Volksaufstandes durch die Sowjetunion mit grimmiger Freude ergriffen, um dem «Koexistenzschwindel» ein Ende zu machen und ganz konsequent die «Politik der Stärke» wiederaufzunehmen, die durch die russischen Entspannungsbemühungen so bedenklich gefährdet schien. Der Schauplatz des großen Machtkampfes hat sich dabei stark nach dem Osten verlagert, genauer nach dem vorderasiatisch-nordafrikanischen Orient. Hier entwickelt sich jetzt eine Krise, die viel heftiger zu werden droht, als die Suezkrise vom vergangenen Herbst war, und neben der die ungarischen Ereignisse geradezu als drittrangige Lokalangelegenheiten erscheinen – eine Krise, die, wie allen Beteiligten bewußt ist, die sehr ernste Gefahr eines allgemeinen Weltbrandes in sich birgt.

Im Vordergrund steht zunächst freilich «nur» der Konflikt zwischen Israel und Ägypten. Es zeigt sich dabei immer mehr, wie verhängnisvoll der Fehler war, den Israel mit seiner Offensive gegen Ägypten begangen hat. Man mag noch so sehr die Zwangslage würdigen, in der sich Israel befand; man mag es durchaus verstehen, daß der großen Mehrheit der Israeli die Wiederaufnahme des formell ja nie beendeten Krieges mit Ägypten als das einzige Mittel erschien, um Ägypten zur Anerkennung seines Lebensrechtes zu zwingen – die Tatsache bleibt eben dennoch bestehen, daß Israel, ohne die letzten friedlichen Mittel erschöpft zu haben, in krasser Verletzung der Satzung der Vereinten Nationen zur militärischen Selbsthilfe griff, daß es zu diesem Zweck mit Frankreich und England konspirierte, die so ihr langgeplantes imperialistisches Abenteuer ins Werk setzen konnten, und daß es so mithalf, die Welt an den Rand einer dritten Kriegskatastrophe zu führen.

Das durfte nicht untätig hingenommen werden. Das Faustrecht durfte nicht triumphieren. Es war darum richtig, daß die Vereinten Nationen, mit Amerika als treibender Hauptkraft, Israel zum Rückzug hinter die alte Waffenstillstandslinie zwangen. Es war tapfer und klug von der Regierung Ben Gurion, daß sie sich diesem Druck fügte; ein eigensinniger Widerstand, der es auf militärische und wirtschaftliche Gewaltmaßnahmen gegen Israel hätte ankommen lassen, hätte zum größten Schaden für dieses ausgeschlagen und nur dazu geführt, daß die Kernfrage – nämlich wie Israels staatliche Existenz gesichert werden kann – neuerdings verdunkelt worden wäre. Aber nun sind eben die Vereinten Nationen, ist die Weltmeinung überhaupt moralisch verpflichtet, diese Frage ein für allemal zu lösen. Jetzt muß auch mit Ägypten Fraktur geredet und der ganze arabische Staatenbund gezwungen werden, dem Kriegszustand gegenüber Israel ein Ende zu machen, also die Existenz eines israelischen Staates als nicht wieder umzustürzende Tatsache anzuerkennen. Der vielumstrittene Gazastreifen (eine politische Widersinnigkeit) muß mindestens militärisch neutralisiert werden, der Golf von Akaba muß Israel zur freien Durchfahrt nach

dem Indischen Ozean offenstehen, und die Sperrung des Suezkanals für israelische Schiffe muß endgültig wegfallen.

Aber kann Ägypten zu diesen Zugeständnissen gezwungen werden? Durch die UNO unter den gegenwärtigen Umständen schwerlich. Die Sowjetunion, die einfach den arabischen Nationalismus unterstützt, um die Beherrschung des Mittelostens durch Amerika und die übrigen Westmächte zu verhindern, und schon wieder Ägypten großzügig mit Waffen beliefert, wird kaum Hand dazu bieten, daß Ägypten unter wirksamen Druck gesetzt wird. Auch die Vereinigten Staaten, die so heftig um die Gunst der arabischen Völker werben, empfinden stärkste Hemmungen gegenüber einem offenen, tatkräftigen Einstehen für die Verteidigung Israels. Und daß aus der Mitte der mehr oder weniger neutralen Staaten innerhalb der UNO-Generalversammlung ein Wille zur rettenden Tat erwachse, ist angesichts der heutigen Mehrheitsverhältnisse in dieser Körperschaft ganz unwahrscheinlich. Die Vereinigten Staaten haben die UNO eben nicht mehr so ohne weiteres in der Hand wie früher, seit in verschiedenen Etappen die Zahl der Mitgliedstaaten von 60 auf 81 erhöht worden ist; die beiden Hauptgruppen – die Westmächte mit «zugewandten Orten» auf der einen Seite und der Sowjetblock sowie das afrikanisch-asiatische Lager auf der anderen – vermögen wohl eine Zweidrittelsmehrheit der Gegenseite, wie sie zu einem Beschluß nötig ist, zu verhindern, nicht aber selbst eine Zweidrittelsmehrheit für eine positive Orientpolitik aufzubringen.

Wie soll bei dieser Sachlage Ägypten zur Raison gebracht werden? Wie will die amerikanische Regierung auch nur ihre halben Versprechungen gegenüber Israel erfüllen? Ein Scheitern der Verhandlungen des UNO-Generalsekretärs Hammarskjöld mit Präsident Nasser und vollends ein offenes Versagen der UNO-Versammlung müßte die Vereinten Nationen um den Rest des Vertrauens bringen, das sie in der Welt noch genießen, und Israel zu einer neuen kriegerischen Offensive gegen Ägypten direkt herausfordern – mit all den unabsehbaren Gefahren für den Völkerfrieden, die sie abermals heraufbeschwören würde. Um das Chaos, das heute im Orient herrscht, zu einem Kosmos, einer wirklichen Ordnung, zu gestalten, bleibt darum nichts anderes übrig als eine umfassende Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Und zwar nicht allein über die endgültige Beilegung des israelisch-arabischen Konfliktes, sondern über die Befriedung des Mittelostens überhaupt – etwa nach dem Vorschlag Nehrus, der den Rückzug der Großmächte aus den umstrittenen Gebieten, die strenge Nichteinmischung des Auslands in die inneren Angelegenheiten der vorderasiatischen Länder und die Aufhebung aller Militärpakte fordert – und darüber hinaus über die wirtschaftliche und soziale Neugestaltung des ganzen Mittelostens. Träger dieser Politik

müßten die Vereinten Nationen werden, die damit eine großartige Aufgabe bekämen; aber ihre Voraussetzung wäre die unmittelbare Verständigung Amerikas mit der Sowjetunion, die die UNO erst handlungsfähig machen könnte.

Vernunft und Gerechtigkeit sollten die beiden rivalisierenden Großmächte zu einer derartigen Vereinbarung geradezu zwingen. Tatsächlich liegt jedoch dieses Ziel so fern wie nur je. Die Westmächte haben den sowjetischen Friedens- und Aufbauplan für den Mittelosten, den der damalige Außenminister Schepilow am 11. Februar vorgelegt hat, jetzt glatt abgelehnt, ohne auch nur den Versuch zu machen, ihn auf seine Ernsthaftigkeit und Durchführbarkeit durch den Beginn einer Diskussion zu prüfen. «Es ist klar», so schrieben dazu die Londoner «Peace News» (22. März), «daß die Westregierungen fürchten, der Vorschlag könnte wirklich ernst gemeint sein. Sie ziehen den Kalten Krieg der Zusammenarbeit vor. Damit nehmen sie eine schreckliche Verantwortung auf sich, die zu einem tragischen Ende führen kann.» Amerika insbesondere versteift sich unbelehrbar auf die Durchführung des Eisenhower-Planes (den wir in unserer März-Rundschau erläutert haben) und ist jetzt sogar dem Bagdadpakt beigetreten, der Großbritannien, die Türkei, Irak, Persien und Pakistan militärisch gegen die Sowjetunion zusammenfassen will. Ein falscher, verderblicher Weg! Professor G. Barraclough, den wir schon einmal zitierten, warnt in der Neuyorker «Nation» (2. März) neuerdings vor seiner Weiterverfolgung. An das Schreckgespenst eines russischen Angriffes auf den Mittelosten, so stellt er fest, glaube dort niemand. Und die Behauptung, im Orient sei durch den Rückzug Englands und Frankreichs ein Leerraum entstanden, den Amerika ausfüllen müsse, stoße bei den arabischen Nationen nur auf feindselige Ablehnung. Wenn Amerika wirklich die Lage der Mittelostvölker verbessern wolle, so habe es nach allgemeiner Auffassung genug wirksame Mittel dafür und könne sie durch die UNO zur Anwendung bringen. «Und umgekehrt, wenn die Vereinigten Staaten andere Methoden wählen, so muß es sein, weil sie Ziele im Auge haben, die nicht diejenigen der arabischen Völker sind.» Amerikas Einkreisungspolitik gegenüber der Sowjetunion, so meint der Verfasser, erinnere verdächtig an Napoleons fehlgeschlagenen Versuch, England vom Kontinent auszusperren. «Die Politikmacher in Washington täten gut, diese Geschichte zu überdenken, enthüllt sie doch die unausweichliche Schwierigkeit einer ‚Eindämmungs'-strategie. Die Fragen, die damit verknüpft sind, sind zwar weltweit und stellen sich an jedem Punkt, wo sich der amerikanische und der Sowjetblock berühren; aber im Mittelosten offenbart sich wegen der dort herrschenden besonderen Verhältnisse die Schwierigkeit am klarsten und ist eine Überprüfung der ganzen Politik am dringendsten. Ohne allen Zweifel ist die Politik der Vereinigten Staaten hier im Mittelosten am Ende ihres Weges angelangt.»

Entkolonialisierung Damit ist bereits gesagt, daß auch der große amerikanische Plan für Afrika*... eben ein Plan bleiben wird. Ob westeuropäischer Altkolonialismus oder amerikanischer Neukolonialismus – mit der Beherrschung und Ausbeutung der unterentwickelten Länder des «schwarzen Erdteils» ist es grundsätzlich vorbei. Das hat vielleicht sogar Vizepräsident Nixon – dieser primitiv-demagogische Scharfmacher, der auf Eisenhowers Nachfolge spekuliert – bei seiner jüngsten Afrikatournee gemerkt. Man setzt zwar in den Vereinigten Staaten weitgehende Hoffnungen auf Afrika. «Große Wandlungen gehen auf diesem Kontinent vor», schrieb unlängst (8. März) «US News and World Report». «Es ist für die Vereinigten Staaten wichtig, bei diesen Wandlungen unmittelbar dabei zu sein... Weder England noch Frankreich können die notwendige Entwicklung in Afrika finanzieren. Die jungen Nationen Afrikas sind reich an Rohstoffen, aber schwach an politischer Erfahrung und militärischer Macht. Das ist eine glänzende Gelegenheit für Rußland – sofern Amerika nicht die Afrikaner überzeugen kann, daß die Freundschaft der Vereinigten Staaten wertvoller ist als diejenige Rußlands. Darum ist Nixons Rundreise gerade jetzt so wichtig.»

Kein Zweifel: Nixon hat überall, wo er hinkam, die Geschäfte des amerikanischen Kapitals besorgt und wirtschaftliche wie militärische Hilfe gegen den «russischen Einbruch» versprochen: in Marokko und Libyen, wo die Vereinigten Staaten riesige Flugstützpunkte unterhalten, in Tunesien, im Sudan, in Äthiopien, wo Kaiser Haile Selassie den Amerikanern bereits eine Militärbasis in Massaua (am Roten Meer) überlassen hat, und so fort. Und bezeichnend genug ist ja auch, daß Amerika im Mittelmeer die stärkste seiner Flottenformationen, die 6. Flotte, in ständiger Bereitschaft hält, mit einer Feuer- und Zerstörungskraft, die angeblich so groß ist wie diejenige der ganzen amerikanischen Armee im letzten Krieg. Aber bei seinem Besuch in Accra wird dem USA-Vizepräsidenten wohl selbst eine Ahnung von der Macht des Unabhängigkeitswillens der afrikanischen Völker aufgestiegen sein, ist ja doch die ehemalige Goldküste, als souveräner Staat Ghana, zu Anfang März in aller Form zum vollberechtigten Mitglied des britischen Völkerbundes erhoben worden. Ich habe über die Entwicklung, die zu diesem epochemachenden Ereignis geführt hat, an dieser Stelle vor einigen Monaten bereits referiert, so daß unsere Leser im Bild sind. Halten wir darum nur fest, daß Ghana und seine Führer, mit Dr. Nkrumah an der Spitze, jetzt Gelegenheit haben, sinnenfällig zu beweisen, daß die Afrikaner wirklich reif genug sind, um sich selber zu regieren, in Zusammenarbeit mit Europäern und Amerikanern, gewiß, aber nicht unter ihrer Vormundschaft und zu ihrem Profit. Eine große Verantwortung liegt auf dem jungen Freistaat!

Das Beispiel der ehemaligen Kolonie Goldküste wird bestimmt

---

* Siehe die Weltrundschau im Märzheft.

auch den Unabhängigkeitskampf des algerischen Volkes anfeuern, von dessen Ausgang für die ganze Zukunft des französischen Kolonialreiches in Afrika Entscheidendes abhängt. Was seit Jahr und Tag in Algerien vorgeht, schreit ja einfach zum Himmel. Eine halbe Million Soldaten – die größte überseeische Streitmacht, die es jemals gehabt – hat Frankreich eingesetzt, um den Freiheitswillen der Algerier zu brechen; 20 000 Araber und Berber sind nach einer sehr wahrscheinlich weit untersetzten Aufstellung bereits im Kampf getötet worden, neben 2000 Franzosen und Fremdenlegionären, dazu 4000 algerische und 1000 französische Zivilisten. Und die Methoden, die Frankreich in diesem mörderischen Ringen anwendet, sind so brutal und unmenschlich, daß auch in dieser Hinsicht die russische Unterdrückungsaktion in Ungarn vorteilhaft von der Kolonialpraxis der Nation absticht, die «an der Spitze der Zivilisation zu marschieren» behauptet. Man lese, was Pierre-Henri Simon in seinem jetzt in Frankreich viel diskutierten Buch «Contre la torture» über die Folterungen feststellt, die Frankreichs Militär und Polizei anscheinend systematisch an gefangenen Algeriern verüben. «Ich meine», so schreibt er, «daß eine gewisse Ethik des Totalkrieges, eine bestimmte Übernahme der Methoden eines gewissen- und erbarmungslosen Machiavellismus nur möglich sind, wenn man die Berufung Frankreichs auf verbrecherische Art vergißt und seine Seele verrät ... Wir, die wir gegen die Ungeheuerlichkeit der Rassenlehre gekämpft haben, sollten also betrogen und heute Hitlers Besiegte sein?»

Man lese aber namentlich auch die großen Erlebnisberichte aus dem algerischen Krieg, die J.-J. Servan-Schreiber nach einem siebenmonatigen Dienst als Offizier in der französischen Kolonialarmee im «Express» veröffentlicht. Diese ganze Welt des gemeinsten Militärbetriebes, der Entsittlichung, der Lüge und des Geschäftemachens ist derart abstoßend und revoltierend, daß es einen nicht wunder nimmt, wenn die französische Regierung – die Regierung des «Sozialisten» Mollet – nun Servan-Schreiber unter Anklage gestellt hat, weil er «die Moral der Armee untergrabe». Dabei ist der Verfasser dieser Schilderungen weder Militärgegner noch Kommunist oder auch nur Sozialist, sondern ein selbständig denkender Linksbürgerlicher und Gesinnungsfreund von Mendès-France, dessen Politik der «Express» verteidigt. Ich will hier nur eine Stelle aus dem Bericht des Majors Marcus, eines später von den Aufständischen in einen Hinterhalt gelockten und getöteten Offiziers, an seine vorgesetzte Behörde anführen, die den ganzen Widersinn der französischen «Befriedungsaktion» in ein paar Worten ausspricht:

«Das Regiment ... hat überall feststellen können, daß die angewendeten Methoden anarchisch und mit seltenen Ausnahmen wirkungslos waren; daß trotz dem Optimismus der amtlichen Erklärungen die Lage nicht besser wurde, wenn sie sich nicht geradezu verschlimmerte ... Die ganze Aktion der Rebellen beruht auf der – freiwilligen oder unfreiwilligen – Unterstützung der Bevölkerung, die sie informiert, versorgt und verbirgt ... Unfähig, aus eigenen Mitteln zwischen Rebellen und fried-

lichen Bürgern zu unterscheiden, sind sie (unsere Truppen) aus Mangel an Informationen gezwungen, eine blindwütige Unterdrückungspraxis zu üben. Jeder falsche Fellagha, der getroffen wird, wird durch zehn echte ersetzt – solange, bis unsere Streitkräfte der Gesamtbevölkerung gegenüberstehen und sich veranlaßt sehen, entweder eine Ausrottungspolitik zu betreiben (und das ist von vornherein ausgeschlossen) oder aber aufzugeben.»

«Die Regierung», fügte Marcus einem Kameraden gegenüber mündlich bei, «tischt dem Lande Flunkereien auf. Meinetwegen! Aber die Generäle und die Präfekten lügen den Minister an. Die Hauptleute und die Bürgermeister lügen die Generäle und die Präfekten an... Und all das, wohlverstanden, vor den Augen der Muselmanen, die überall sind, die uns beobachten, uns aushorchen, unsere Zeitungen lesen... Du siehst, wohin das führt.»

Umrüstung statt Abrüstung Und trotz alldem glaubt Frankreich an den Endsieg seiner Waffen in Algerien, so wie die Westmächte ganz allgemein an den sicheren Erfolg der «Politik der Stärke» glauben, die sie blind und unentwegt – ist es gleich Wahnsinn, hat es doch Methode – vorwärtstreiben. Rüsten, rüsten, um die Russen von jedem Versuch zur Welteroberung abzuschrecken – das ist immer noch die von den Völkern fast fraglos hingenommene Losung, von deren Befolgung man die Verhinderung der sozialen Revolution (als «Kommunismus» deklariert) erwartet. Präsident Eisenhower hat sich neuerdings mit Schärfe gegen jeglichen größeren Abstrich am amerikanischen Militärbudget gewandt, das, zusammen mit der «Auslandhilfe», für das kommende Finanzjahr den ungeheuren Betrag von fast 50 Milliarden Dollar erreicht. Und General Norstad, der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte, reist weiterhin unermüdlich in der Welt herum, um jedes Nachlassen der Rüstungsanstrengungen zu bekämpfen. Freilich mit richtigem Erfolg eigentlich nur in Westdeutschland, das zielbewußt seine neue Wehrmacht aufbaut und dessen Außenminister, Herr von Brentano, kürzlich in Washington versichert hat, auch ein geeinigtes Deutschland werde seinen Platz in der Organisation der «freien Nationen», das heißt als Mitglied der NATO, einnehmen, all die früheren Behauptungen Lügen strafend, wonach ein künftiges Gesamtdeutschland volle Freiheit haben werde, seine weltpolitische Orientierung «so oder so» festzulegen. Nur mit Mühe gelang es anderseits den NATO-Strategen und -Politikern, England von seiner Absicht abzubringen, seine Rheinlandarmee um 27 000 Mann zu vermindern; es muß sich vorerst mit der Hälfte – 13 500 Mann – begnügen. Und dabei wird früher oder später auch die britische Heimarmee abgebaut werden müssen, weil die bedenkliche Krisenzeichen aufweisende Wirtschaft Englands die bisherigen Rüstungslasten einfach nicht mehr zu tragen vermag. Ganz wie Frankreich, sofern es nicht sehr rasch seinen algerischen Krieg liquidiert.

Außer wirtschaftlichen Erwägungen hat diese auch im übrigen Europa verbreitete Neigung zur Verringerung der Landstreitkräfte allerdings besonders darin ihren Grund, daß sich die Generalstäbe mehr und mehr auf den Krieg mit Kernwaffen einstellen und die kon-

ventionellen Waffen in zweite Linie rücken, wenn sie ihnen überhaupt noch wesentliche Bedeutung in einem Zukunftskrieg beimessen. Die Vereinigten Staaten halten daher sehr darauf – wie auch aus der Konferenz zwischen Eisenhower und Macmillan auf den Bermudas hervorging –, ihren europäischen Verbündeten Atomwaffen aller Art, Fernraketen und sonstiges modernstes Kriegsgerät zur Verfügung zu stellen, das diese nicht selber erzeugen können. Eine wirkliche Abrüstung ist es also keineswegs, was England, Frankreich, Holland, Norwegen usw. ins Auge fassen, nur eine «Umrüstung» mit dem Ziel, desto umfassender den Atomkrieg vorzubereiten. Kein Wunder darum, daß sich die Westmächte entschieden allen Bemühungen widersetzen, auch nur die Versuche mit A- und H-Bombenexplosionen einzustellen, wie das auch von der Sowjetunion immer und immer wieder und neuerdings mit besonderem Nachdruck von Japan vorgeschlagen wird. Über die Bereitschaft, diese Versuchsexplosionen wenigstens bei der UNO im voraus anzumelden, wollen Washington und London nicht hinausgehen. Nicht einmal die Aussicht, daß die zunehmende Vergiftung der Luft durch Radioaktivität ums Jahr 1970 herum eine seuchenartige Ausbreitung der Krebskrankheiten hervorrufen kann (wie im Pariser «Observateur» vom 21. März berichtet wird), schreckt die zu den letzten Greueln entschlossenen Vernichtungsstrategen von ihrem Unglücksweg ab.

An sich wäre diese Situation einer internationalen Vereinbarung über die Begrenzung, ja den fortschreitenden Abbau der konventionellen Kriegsrüstungen günstig. Dazu sollte schon die nirgends verschleierte Tatsache beitragen, daß die Westmächte, mit und ohne westdeutsche Divisionen, nicht die geringste Aussicht haben, einem sowjetischen Landangriff auch nur halbwegs angemessene Abwehrkräfte entgegenzustellen (sofern man überhaupt annimmt, daß Moskau einen solchen Angriff plant, zu dessen Ausführung es Hilfsvölker von ganz anderer Treue brauchte, als Polen, Ungarn, Ostdeutschland usw. sie ihm leisten würden . . .). Aber auch davon ist keine Rede; weder die Politiker noch gar die Militärs haben den Mut – Zivilcourage ist eine seltene Tugend –, der Wirklichkeit gerade ins Auge zu schauen und ihren Völkern zu sagen, daß die hergebrachten Militärrüstungen hoffnungslos veraltet und wirkungslos geworden sind und mindestens Europa einem Atomwaffenkrieg schutzlos ausgeliefert wäre. Am längsten wird es sicher bei uns in der Schweiz gehen, bis dieser Wahrheit die Ehre gegeben wird und die Folgerungen daraus gezogen werden, die dann freilich sehr radikal sein müßten.*

---

* Um die Rüstungen der Schweiz zu retten, verlegen sich jetzt unsere Militärs immer mehr darauf, einen Krieg mit strategischen Atomwaffen, besonders mit Wasserstoffbomben, als völlig unmöglich zu erklären, dafür aber die Möglichkeit eines Krieges mit bloß taktischen Atomgeschossen in den Vordergrund zu rücken und sogar diese Atomwaffen als konventionelle Waffen zu bezeichnen, die auch die Schweiz bekommen müsse. (Vgl. zum Beispiel Oberstdivisionär Brunner in

Verhärtung des Sowjetblockes So geht denn eben der Kalte Krieg erbarmungslos weiter, unter konsequenter Ablehnung aller Koexistenzverhandlungen durch die Westmächte. Vor allem auf amerikanischer Seite wird, wie ein Washingtoner Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 600) besagt, «stark unterstrichen, daß die Zeit dazu keineswegs reif sei. Man neigt im Staatsdepartement zur Auffassung, der Westen sollte jetzt die Sowjets in ihrem eigenen Saft schmoren lassen, wobei viele geradezu so weit gehen, einen Zusammenbruch des Sowjetimperiums vorauszusagen.» Auch den Zusammenbruch des neuen Chinas erwartet man in Amerika immer noch mit großer Zuversicht, und Tschiang Kai-schek nährt geflissentlich diese Hoffnung bei jeder Gelegenheit. Erst letzthin erklärte er gegenüber amerikanischen Journalisten, seine Armee stehe jetzt «auf dem Gipfel der Bereitschaft», von Formosa aus das chinesische Festland anzugreifen. Er werde bei seinem Unternehmen natürlich «auf die moralische und materielle Unterstützung der Vereinigten Staaten angewiesen sein», wenn er auch ihre Soldaten nicht brauche, da er selbst 600 000 Mann zu seiner Verfügung habe und drei Monate nach deren Landung das chinesische Volk sich gegen seine jetzigen Beherrscher erhoben haben werde . . .

Es ist kaum anders möglich, als daß angesichts des Scharfmachertums der «freien Welt» auch das kommunistische Lager seine Politik der Stärke fortsetzt und namentlich die Sowjetunion keine Lockerung ihres Griffes auf die Satellitenstaaten mehr zugeben will. Chruschtschew betonte am 18. März neuerdings, die Sowjetunion sei bereit, ihre Truppen aus Osteuropa zurückzuziehen, aber nur unter der Bedingung (die eben von den Westmächten nicht erfüllt werden will), daß auch «alle anderen fremden Truppen aus Europa zurückgezogen würden. Ähnlich erklärte der ungarische Minister Marosan am 23. März, die sowjetischen Truppen würden so lange in Ungarn bleiben, als die Streitkräfte der Vereinigten Staaten in Deutschland, Italien und anderen Ländern blieben. Und in einer gemeinsamen Erklärung der sowjetischen und der ungarischen Regierung vom 29. März heißt es: «Solange die Westmächte darauf beharren, die Vorschläge über die Abrüstung, die Liquidierung der militärischen Stützpunkte und die Errichtung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa zurückzuweisen, bleiben die sozialistischen Länder entschlossen, den Warschauer Vertrag (über die gemeinsame Verteidigung der Länder des Ostblocks) beizubehalten.»

Man hat darum im Westen kein Recht, sich über die fortdauernde, ja anscheinend immer noch verschärfte Gewaltherrschaft des Re-

der «Neuen Zürcher Zeitung», Nr. 909.) Als ob bei einem Krieg auf Tod und Leben zwischen den beiden Machtblöcken die Anwendung taktischer Atomgeschosse nicht von selbst zum Einsatz auch der Wasserstoffbomben führen würde, wenn die Entscheidung auf sich warten ließe! Die obersten Militärführer des Westblocks sagen jedenfalls immer wieder, daß sie von Anfang an Kernwaffen einsetzen würden, auch wenn der Gegner das vorerst nicht tue, und machen dabei keinerlei Unterschied zwischen taktischen und strategischen Atomwaffen.

gimes Kadar zu entrüsten, solange man in Budapest und Moskau befürchten muß, daß einem Rückzug der Sowjettruppen die vom Westen her gestützte wirkliche Gegenrevolution auf dem Fuß folgen würde, was jetzt, nach der Wiederaufrichtung des kommunistischen Terrors, so gut wie sicher geschähe. Dieser Terror ist freilich Tatsache; die rosige Darstellung der Lage in Ungarn, die mir letzthin in einem Privatbrief ein in Budapest lebender bekannter Ex-Amerikaner gab – er erklärte sich sogar «zutiefst überzeugt, daß die Regierung Kadar heute stark und volkstümlich genug ist, sich auch ohne sowjetische Truppen zu halten» –, diese Darstellung vermag ich einfach nicht zu glauben, auch wenn ich durchaus nicht für bare Münze nehme, was die in Wien sitzenden Korrespondenten westlicher Blätter Tag für Tag an Greuelmeldungen abliefern.

Selbstverständlich ist auch in den übrigen Volksrepubliken unter dem Eindruck der ungarischen Ereignisse das Zwangsregime verschärft worden, bei gleichzeitigen Bemühungen allerdings, die Lebensverhältnisse der Bevölkerung zu verbessern. Das gilt insbesondere von Bulgarien, wo auch nach Berichten in der Westpresse die Neigung zu einer organisierten Volkserhebung sehr gering ist. Noch mehr gilt es von der Tschechoslowakei; Leo Huberman weist in einem Prager Bericht an die Neuyorker «Monthly Review» (Februarheft) darauf hin, daß sich zwischen 1949 und 1955 der persönliche Verbrauch der Bevölkerung um 50 Prozent gehoben hat, daß die Löhne regelmäßig steigen, aber die Preise fallen und auch der Wohlstand der Bauernschaft sichtbar zunimmt. «Im ganzen gesehen ist der Sozialismus in der Tschechoslowakei, trotz gewaltigen Mißgriffen, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus bereits ein Erfolg.» Auch politisch habe sich die Lage gebessert. «Die Leute reden freier, die antiwestliche Stimmung ist viel schwächer, die Bereitwilligkeit, vom Westen zu lernen, größer... Die höheren Regierungsbeamten fühlen den Druck zugunsten weiterer Umgestaltungen und sind bereit, in mancherlei Beziehungen Lockerungen eintreten zu lassen, aber nur stufenweise, ohne das Gesicht zu verlieren... Es gärt in der Tschechoslowakei wie in allen sozialistischen Ländern – aber man soll nicht erwarten, daß es hier gehe wie in Polen oder Ungarn.»

In Polen scheint das Regime Gomulka, trotz Zugeständnissen an die noch recht tätige Stalinistengruppe, seine sozialistische Aufbauarbeit mit Erfolg fortsetzen zu können. Bedenklich ist aber, was im «New Statesman» (23. März) über einen neuerwachten Antisemitismus in Polen berichtet wird; die Auswanderung von Juden nehme deshalb immer mehr zu.

In Ostdeutschland soll, wie Alexander Werth dem gleichen Londoner Blatt aus Berlin schreibt, die Lebenshaltung im ganzen nur wenig niedriger sein als in der Tschechoslowakei, «so daß der wirtschaftliche Anreiz zu einer Revolte nicht ernst ist». Die 400 000 Russen, die in der DDR stehen, dämpfen im übrigen alle Aufstandsgelüste von selber.

Die alte stalinistische Garde glaubt jedenfalls wieder fest im Sattel zu sitzen und unterdrückt freiheitliche Regungen mit gewohnter Härte. Bezeichnend dafür ist die Verurteilung des jungen Berliner Professors Wolfgang Harich zu zehn Jahren Zuchthaus. Harich hatte eine Gruppe von Parteifunktionären und Intellektuellen um sich gesammelt, die in aller Offenheit, ja in erstaunlicher Unvorsichtigkeit die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), wie sich die kommunistische Staatspartei nennt, von innen her zu reformieren und von den Stalinisten zu befreien suchte. Die Denkschrift, die er über seine Bestrebungen verfaßte und auch nach Westdeutschland gehen ließ – sie ist im offenbar echten Wortlaut zuerst in der Hamburger «Zeit» vom 21. März veröffentlicht worden –, atmet saubere sozialistische Gesinnung und unzweifelhafte Ehrlichkeit, wenn sie auch stellenweise, besonders mit ihrem naiven Vertrauen in den Willen und die Kraft der westdeutschen Sozialdemokratie zum Aufbau einer sozialistischen Ordnung, etwas unreif anmutet. Aber die Partei- und Regierungsbeamten, denen Harich seine Vorschläge unterbreiten wollte, nahmen sie überhaupt nicht zur Kenntnis – bis der Staatsanwalt auf ihn gehetzt wurde, der dann prompt den «Konterrevolutionär» und «Agenten des imperialistischen Auslands» unschädlich machen ließ. Und doch ist der Weg, den Harich und seine Freunde suchten, derjenige, den die DDR gehen m u ß, wenn sie hoffen will, in Westdeutschland den Willen zur Wiedervereinigung in freiheitlich-sozialistischem Geist und unter Lösung sowohl vom West- wie vom Ostblock zu wecken. Verhärtung und Verkrampfung im Osten befördern ebenso den antikommunistischen Gewaltgeist im Westen, wie die westliche Druck- und Drohpolitik die Abwehrinstinkte des Ostens in Form der Dauerdiktatur nährt und stärkt.

Kapitalismus – Sozialismus Warum aber, so muß man immer wieder fragen, geht der Kalte Krieg eben doch weiter? Warum lehnt es die westliche Welt so hartnäckig ab, auf die ebenso hartnäckig vorgebrachten Veständigungsangebote der Sowjetunion einzutreten, und zieht es vor, «die Sowjets in ihrem eigenen Saft schmoren zu lassen», so daß sich Moskau gezwungen fühlt, auf die westliche Feindseligkeit mit eigener Kriegsbereitschaft und Gewaltdrohung zu antworten?

Der Grund liegt zunächst einfach darin, daß die westliche, vor allem die amerikanische Wirtschaft großenteils unmittelbar vom Kalten Krieg lebt. Nach einer sehr vorsichtigen Schätzung des Frankfurter Professors Friedrich Pollock (in seiner Schrift «Automation») sind mindestens 10 Millionen Arbeitskräfte in den Vereinigten Staaten, das sind 15 Prozent der Gesamtzahl, in der Wehrwirtschaft beschäftigt, würden also ohne gründliche Umstellung der ganzen amerikanischen Wirtschaft arbeitslos werden, wenn die Kriegsrüstungen eingestellt würden. Ungefähr ebensoviele Arbeitskräfte (prozentual) waren tatsächlich im

Krisenjahr 1938 beschäftigungslos, also im letzten Friedensjahr, bevor die «Wehrwirtschaft» anzulaufen begann.

Sodann aber ist der amerikanische Kapitalismus natürlich aufs stärkste daran interessiert, aus den unterentwickelten Ländern durch Bezug billiger Rohstoffe (zum Beispiel Öl, Kupfer und Gummi), durch zunehmenden Absatz von Fertigwaren und durch rentable Kapitalanlagen mit niedrigen Arbeitslöhnen Profite herauszuholen, die er in den fortgeschrittenen Industrieländern nicht mehr in dieser Höhe haben kann. Und ganz allgemein wehren sich das gesamte Bürgertum und die verbürgerlichte Ober- und Mittelschicht der Arbeiterschaft mit Händen und Füßen gegen jede gründliche Umgestaltung einer Wirtschafts- und Lebensform, in der sie sich so ungeheuer wohl fühlen. Darum der wütende Haß gegen den Kommunismus, der mit solcher Umgestaltung droht, und die heftige Abneigung gegen einen wenn auch freiheitlichen, so doch revolutionären Sozialismus. Was R. H. Tawney in seinem klassischen Buch «Equality» schon vor bald 30 Jahren schrieb, das gilt heute erst recht:

> «Sie (die Arbeiterbewegung) neigt dazu, nicht eine andere Gesellschaftsordnung zu erstreben, in der Geld und Wirtschaftsmacht nicht mehr Maßstab der Leistung sein werden, sondern eine Gesellschaftsordnung der gleichen Art wie bisher, in der Geld und Wirtschaftsmacht nur etwas anders verteilt sind ... Die Lohnverdiener brandmarken zwar, und mit Recht, die Ungerechtigkeiten des Kapitalismus; aber sie machen sich nicht immer klar, daß der Kapitalismus nicht nur von den Kapitalisten gestützt wird, sondern auch von denen, die, wie viele von ihnen, selber gern Kapitalisten wären, wenn sie könnten, und daß die Ungerechtigkeiten nicht so sehr darum weiterbestehen, weil die Reichen die Armen ausbeuten, sondern weil die Armen im Herzen die Reichen bewundern.»

Solange dieser Geisteszustand vorherrscht und insbesondere die Führer- und Funktionärschaft der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften im Grunde mit dem kapitalistischen Bürgertum solidarisch ist, ist natürlich eine aufs Ganze gehende sozialistische Erneuerungsbewegung gar nicht möglich und darum auch keine entschlossene Kriegs- und Militärgegnerschaft von dieser Seite. Und das ist ja, wie wir alle wissen, tatsächlich die heutige Lage der sozialistischen Parteien des Westens. Am erfreulichsten bietet sich die Sozialistische Partei Italiens dar, die, besonders seit ihrer deutlichen Abstandnahme vom kommunistischen Gewaltgeist, alle Aussicht hat, die Hauptkraft der immer unausweichlicher werdenden sozialen und politischen Neugestaltung Italiens zu werden, freilich auch – bei der Unzuverlässigkeit Nennis in Grundsatzfragen – Gefahr läuft, die Vereinigung mit den abgesplitterten Sozialdemokraten um Saragat durch allzugroße Zugeständnisse zu erkaufen. Ein gewisser frischer Zug geht auch durch die britische Labourpartei, die fast wider den Willen ihrer «rechten» Führer durch die internationalen Ereignisse wie durch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage Englands verhältnismäßig stark nach links gedrängt und durch die großen Lohnkämpfe mehr und mehr

radikalisiert wird; ihre Aussichten auf die Rückkehr zur Regierungsmacht im Gefolge der nächsten Parlamentswahlen haben sich jedenfalls erheblich verbessert.

Man möchte das gleiche gern auch von der westdeutschen Sozialdemokratie sagen. Aber statt eine wirkliche Opposition gegen die klerikal-kapitalistischen Regierungsparteien mit ihrer verhängnisvollen Außen- und Militärpolitik zu bilden, sucht sie ihre Wahlaussichten für den nächsten Herbst anscheinend immer mehr durch das Bestreben zu verbessern, sich als «national unbedingt zuverlässig», bedingungslos antikommunistisch und als antikapitalistischen Wirtschafts«experimenten» durchaus abgeneigt zu erweisen. Daß mit solch schwächlicher, gesinnungsloser Taktik kaum ein Wahlkampf zu gewinnen, auf keinen Fall aber eine sozialistische Ordnung in Westdeutschland aufzurichten ist, versteht sich von selbst. Ähnlich opportunistisch und dreiviertelsbürgerlich ist auch die Haltung der sozialdemokratischen Parteien wie der sie beherrschenden Gewerkschaften in Nordeuropa, Holland, Belgien, Österreich und der Schweiz, gar nicht zu reden von der französischen Sozialdemokratie, die mit ihrer Regierung Mollet-Pineau-Lacoste-Ramadier auf einem moralischen Tiefstand angekommen ist, der kaum noch unterschritten werden kann. Daß der belgische Sozialist Spaak, der nun bald Generalsekretär der NATO sein wird, die soeben unterzeichneten, aber erst noch von den Parlamenten zu genehmigenden Verträge über einen «gemeinsamen europäischen Markt» als «eines der größten Ereignisse in der europäischen Geschichte» rühmen kann und hofft, Europa werde dadurch allmählich «aus der Dekadenz errettet», in der es sich gegenwärtig befinde, nimmt bei der ebensogroßen Dekadenz des westlichen Sozialismus nicht wunder. Für uns andere liegt es auf der Hand, daß die «Europaverträge» – über die noch zu reden sein wird –, wie Professor Balogh im «New Statesman» schreibt, nur den klerikalen Regimes in Italien, Frankreich und Westdeutschland dienen, den Kapitalismus stützen und die Einigung Deutschlands neuerdings erschweren werden. Daß das «Kleineuropa», das den Urhebern der Verträge vorschwebt, die Lösung der Europa gestellten Wirtschaftsfragen eher verhindern als befördern wird, geben auch Leute wie der westdeutsche Wirtschaftsminister, der sie aus politischen Gründen unterstützt, unumwunden zu.

Nein, so geht es wirklich nicht. Europa und mit ihm besonders der westeuropäische Sozialismus müssen einen neuen Weg beschreiten, wenn der Zerfall unseres Erdteils aufgehalten und Europa seinen rechtmäßigen Platz in der neuen Welt gewinnen soll, die sich um uns her gestaltet. Daß es diesen Weg finden und sich aus den tiefsten Quellen erneuern werde, aus denen es bisher Leben und Schöpferkraft gezogen hat, das gehört auch zu dem Auferstehungsglauben, den wir als Christen bekennen.

1. April *Hugo Kramer*